

Umsetzung des Eckdatenbeschlusses 2023 im Direktorium

München erstellt einen Aktionsplan Queeres München

Antrag Nr. 20-26 / A 02730 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 12.05.2022

München - die Stadt für LGBTIQ* I

**Die LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München wird gestärkt und ausgebaut!
Antrag Nr. 20-26 / A 02912 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022**

München - die Stadt für LGBTIQ* II

**LGBTIQ*-Kompetenz und fachliche Standards entwickeln und festschreiben
Antrag Nr. 20-26 / A 02913 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022**

München - die Stadt für LGBTIQ* III

**Sicherheit und Gewaltschutz für LGBTIQ* stärken!
Antrag Nr. 20-26 / A 02914 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022**

München - die Stadt für LGBTIQ* IV

**Der Regenbogen im Stadtbild - Konzeptentwicklung
Antrag Nr. 20-26 / A 02915 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022**

Aktiv im Kampf gegen Vorurteils kriminalität im beruflichen Kontext: Fortbildungsprogramm „Den Menschen im Blick“ implementieren (Maßnahmen gegen Vorurteils kriminalität III – Teil 1)

Antrag Nr. 20-26 / A 02183 Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt-Fraktion, CSU-Fraktion, Stadtratsfraktion DIE LINKE / Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP / München Liste, Freien Wähler vom 30.11.2021

Antifaschistische Arbeit an Schulen verstetigen

Antrag Nr. 20-26 / A 03172 der Fraktionen SPD / Volt, Die Grünen - Rosa Liste vom 19.10.2022

Inklusion leben – auf dem Weg zur Teilhabe aller Menschen vorankommen

Antrag Nr. 20-26 / A 03212 der Fraktionen SPD / Volt, Die Grünen - Rosa Liste vom 31.10.2022

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07703

Anlage: Änderungsantrag Nr. 20-26 / A 03328

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 30.11.2022 Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Wie in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 16.11.2022.

Der Ausschuss vom 16.11.2022 hat unter Berücksichtigung des beigefügten Änderungsantrages der Fraktionen Die Grünen – Rosa Liste und SPD / Volt (siehe Anlage) die Abänderung des Antrages des Referenten vorberatend beschlossen.

Die Änderungen im Antrag des Referenten sind unter Ziffer II. im Fettdruck dargestellt.

II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten, insbesondere zu den nicht für das Haushaltsjahr 2023 anerkannten Bedarfen, wird Kenntnis genommen.
2. Das Direktorium wird beauftragt, die für Gebärdendolmetscher*innendienste bei den Bürgerversammlungen notwendigen Sachmittel von jährlich 20.000 € dauerhaft ab 2023 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111200 Direktorium Allgemein erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 20.000 €.

3. Das Direktorium wird beauftragt, zur personellen Stärkung der Gesamtstädtischen Datenschutzbeauftragten, die Einrichtung von einer Stelle (1,0 VZÄ) und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Zudem wird das Direktorium beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 97.200 € und Arbeitsplatzkosten von 2.800 € für 2023 (2.000 € Ersteinrichtung sowie 800 € laufende jährliche Kosten) sowie für 2024 ff. in Höhe von bis zu 97.200 € (Personalauszahlung) und 800 € (Arbeitsplatzkosten) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 29.900 € (40% des JMB).

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit um 100.000 € für 2023 und um 98.000 € dauerhaft ab 2024.

4. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung zweier Stellen (2,0 VZÄ) und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat für den weiteren Aufbau der analogen und digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung zu veranlassen.
5. Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, die besetzte Planstelle B430205 in der Geschäftsleitung, GPAM, für die weitere Betreuung des stadtweit eingesetzten eVergabe-IT-Verfahrens zu entfristen.

Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu 97.200 € für die Jahre 2023 ff. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzumelden.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts 31111000 Overheadkosten Referats- und Geschäftsleitung erhöht sich damit dauerhaft um 97.200 € ab 2023.

6. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von **8 Stellen (8,0 VZÄ)**, **davon je eine zusätzliche Stelle (1,0 VZÄ) in A12 in jeder BA-Geschäftsstelle** - und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat in der Abteilung Bezirksausschussangelegenheiten zu veranlassen.

Zudem wird das Direktorium beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen in Höhe von bis zu **638.280 €** und Arbeitsplatzkosten von **22.400 €** für 2023 (**8 * 2.000 €** Ersteinrichtung sowie **8 * 800 €** laufende jährliche

Kosten) sowie für 2024 ff. in Höhe von **638.280 €** (Personalauszahlung) und **6.200 €** (Arbeitsplatzkosten) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzu-melden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstel-lungen in Höhe von etwa **255.000 €** (40% des JMB). Das zahlungswirksame Pro-duktkostenbudget des Produkts 31111200 Direktorium Allgemein erhöht sich damit um **660.680 €** für 2023 und um **644.480 €** dauerhaft ab 2024.

7. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von 2 Stellen (2,0 VZÄ) und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat in der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* zu veranlassen.

Zudem wird das Direktorium beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für Per-sonalauszahlungen in Höhe von bis zu 206.700 € und Arbeitsplatzkosten von 5.600 € für 2023 (2 * 2.000 € Ersteinrichtung sowie 2 * 800 € laufende jährliche Kosten) sowie für 2024 ff. in Höhe von bis zu 206.700 € (Personalauszahlung) und 1.600 € (Arbeitsplatzkosten) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 anzu-melden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstel-lungen in Höhe von etwa 65.000 € (40% des JMB).

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeinde-organe erhöht sich damit um 212.300 € für 2023 und um 208.300 € dauerhaft ab 2024.

8. Das Direktorium wird beauftragt, die zur Wahrnehmung der Aufgaben der mit 2 VZÄ verstärkten Koordinierungsstelle LGBTIQ* zusätzlich benötigten Sachmittel 40.000 € dauerhaft ab 2023 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeinde-organe erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 40.000 €.

9. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2022-2026 wird auf der Finanzposition 0000.935.9330.9 wie folgt angepasst.
20.000 € sind für das Jahr 2023 zusätzlich einzuplanen.

MIP alt:

Grup- pierung	Gesamt- kosten	Finanz. bis 2021	Programmzeitraum 2022 bis 2026 (Euro in 1.000)					nachrichtlich		
			Summe 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Finanz. 2028 ff.
935	47	0	42	4	24	4	5	5	5	0
Summe	47	0	42	4	24	4	5	5	5	0

MIP neu:

Grup- pierung	Gesamt- kosten	Finanz. bis 2021	Programmzeitraum 2022 bis 2026 (Euro in 1.000)					nachrichtlich		
			Summe 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Finanz. 2028 ff.
935	67	0	62	24	24	4	5	5	5	0
Summe	67	0	62	24	24	4	5	5	5	0

10. Das Direktorium wird beauftragt, zur Ergreifung von Maßnahmen gegen Vorurteilskriminalität im beruflichen Kontext die dauerhaft ab 2023 hierfür benötigten Sachmittel in Höhe von 15.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 15.000 €.

11. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt die erforderlichen Mittel in Höhe von 19.050 € für das Fortbildungsprogramm „Den Mensch im Blick“ ab 2023 dauerhaft aus dem Referatsbudget bereitzustellen.
12. Das Direktorium wird beauftragt, zur Übernahme der Kostensteigerungen der Zuschussnehmer*innen der Fachstelle für Demokratie (FgR), die dauerhaft ab 2023 benötigten Sachmittel in Höhe von 52.729 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 52.729 €.

13. Das Direktorium wird beauftragt, zur Verstetigung der antifaschistischen Arbeit an den Schulen die dauerhaft ab 2023 hierfür benötigten Sachmittel in Höhe von 40.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2023 zu beantragen.

Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit dauerhaft ab 2023 um 40.000 €.

14. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.
15. Die Anträge Nr. 20-26 / A 02730 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 12.05.2022, Nr. 20-26 / A 02912 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02913 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02914 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02915 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022 zum Themenkomplex LGBTIQ* bleiben aufgegriffen. Der Stadtrat wird zu gegebener Zeit nach Besetzung der beiden eingerichteten Stellen bei der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* erneut bezüglich der Bearbeitung seiner Anträge befasst.
16. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02183 der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt-Fraktion, CSU-Fraktion, Stadtratsfraktion DIE LINKE / Die PARTEI, FDP BAYERN-PARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP / München Liste, Freien Wähler vom 30.11.2021 „Maßnahmen gegen Vorurteils kriminalität III – Aktiv im Kampf gegen Vorurteils kriminalität im beruflichen Kontext“ ist hiermit geschäftsordnungsmäßig erledigt.
17. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03172 der Fraktionen SPD / Volt, Die Grünen - Rosa Liste vom 19.10.2022 „Antifaschistische Arbeit an Schulen verstetigen“ ist hiermit geschäftsordnungsmäßig erledigt
18. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03212 der Fraktionen SPD / Volt, Die Grünen - Rosa Liste vom 31.10.2022 „Inklusion leben – auf dem Weg zur Teilhabe aller Menschen vorankommen“ bleibt aufgegriffen.

19. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. -Direktorium GL2

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An D-GL2** (bei Empfehlungs- und Finanzierungsbeschlüssen)
An
An
z. K.

Am